

Emil Schweizer
Büel 3
6345 Neuheim

Vorlage Nr. 3914.1
Laufnummer 18138
Eingang: 27. April 2025

Neuheim, 27. April 2025

Kantonsrat des Kantons Zug
Kantonsratspräsident Stefan Moos
Seestrasse 2
6300 Zug

Kleine Anfrage betreffend gefälschte Ausweise

Sehr geehrter Herr Kantonsratspräsident Moos

In der Rundschau des Fernsehsenders SRF 1 vom letzten Mittwoch, 23. April, wurde publik gemacht, dass in der Schweiz davon ausgegangen werden kann, dass mindestens 10% der Ausweise einreisender Nicht – Schweizer und Schweizerinnen welche hier Wohnsitz nehmen wollen gefälscht sind.

Diese gefälschten ID's und Pässe werden einerseits durch Kriminelle, oftmals Mitglieder des organisierten Verbrechens benutzt.

Aber auch Arbeitssuchende, welche mit einem gefälschten Ausweis eines EU oder EFTA Staates problemlos zu einer Aufenthalts – und Arbeitsbewilligung kommen, sind Kunden der immer professionelleren Fälscher, welche ihre «Produkte» im Dark-Net oder den sozialen Medien anbieten. Das bedeutet, dass bei einer Zuwanderung von 100'000 Personen im Jahr, gut 10'000 illegal einreisen, Tendenz steigend.

Der Verband Schweizerischer Einwohnerdienste (VSED) ist über diese Entwicklung sehr besorgt und bietet deshalb Kurse zur Erkennung gefälschter Dokumente für Gemeindliche und Städtische Einwohnerdienste an. Diese sind oftmals die einzige Instanz, welche die Ausweise zu Gesicht bekommt. Sei es bei der Anmeldung des Wohnsitzes, oder im Zusammenhang mit anderen administrativen Belangen.

Bezogen auf den Kanton Zug und die 11 Zuger Gemeinden bitte ich um die Beantwortung der unten aufgeführten Fragen bezüglich Einwohnerkontrollen.

1. Sind der Regierung Fälle innerhalb der letzten 5 Jahre bekannt, bei denen falsche Ausweise bei den Einwohnerkontrollen entdeckt wurden und wenn ja, wie viele und mit welcher Tendenz?
2. Wenn ein solcher Fall entdeckt wird, wie ist das Vorgehen der Behörde geregelt?
3. Hat es schon Urteile des Verwaltungsgerichtes in solchen Fällen gegeben und wenn ja, mit welcher Bandbreite des Strafmasses muss die Täterschaft rechnen?
4. Wurden die Angestellten der Einwohnerämter diesbezüglich bereits geschult, z.B. durch den VSED, oder ist eine Schulung geplant? Wenn nicht, erwägt die Regierung dies zu tun?
5. Besteht in dieser Sache ein Austausch mit anderen Kantonen und/oder dem Bund?

Ich danke dem Regierungsrat für die Beantwortung dieser Fragen.

Emil Schweizer, Kantonsrat SVP